

Die Frage der Finanzierbarkeit

Grundsatzdebatte zu Achim-West – Bürgerinitiative informiert auf Wochenmarkt



Das geplante Gewerbegebiet Achim-West soll 90 Hektar vermarktbare Fläche umfassen.

FOTO: CHRISTIAN WALTER

VON KAI PURSCHKE

Achim. Neu ist das nun vorgestellte Prog-

sätzlichen Statements hinreißen. So sagte Annameta Rippich (CDU), dass sie persönlich gegen das Projekt ist, auch weil sich die Stadt

„Grünes Gewerbegebiet“ entwickelt werden, also auf Nachhaltigkeit setzen und später zur Wasserstoffregion zählen, auch um Förderun-

nos-Gutachten zum Projekt Achim-West wahrlich nicht. Es ist sogar schon ein Jahr alt, aber sei jetzt erst veröffentlicht worden, weil Bremen als Projektpartner um Zurückhaltung gebeten habe, erklärte Bernd Kettenburg nun dem Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr. „Von uns aus hätten wir das schon Anfang dieses Jahres vorstellen können“, fügte Achims Erster Stadtrat und Projektleiter von Achim-West hinzu. Er machte deutlich, dass trotz der Erhöhung der geplanten Gewerbegebietsfläche von 75 auf 90 Hektar und der dadurch gestiegenen Kosten, das Projekt weiterhin rentabel sei, wenn Achim und Bremen es zusammen wuppen. Finanziell profitieren würden aber auch der Landkreis Verden und seine Kommunen (wir berichteten).

Aber auch wenn der Neuigkeitsgehalt des Gutachtens und der Ausführungen des Ersten Stadtrats zum Sachstand eher gering war, wurde deutlich, welchen Stellenwert das 140-Millionen Euro (die Kosten für die geplante Autobahnanschlussstelle Achim-West nicht eingerechnet) schwere Projekt in der Stadt hat, zumal Achim keine eigenen freien Gewerbeflächen mehr hat: Die wegen der Corona-Pandemie nur 18 zur Verfügung stehenden Sitzplätze für Bürger waren komplett belegt und die Fraktionen ließen sich zu grund-

damit finanziell übernimmt. Sie plädierte dafür, dass sich Achim noch eine zweite Meinung als Gutachten einholen möge und eine Alternative für die Entlastung des Verkehrs in Uphusen suchen solle. Ihr Parteifreund Karl-Heinz Lichter erklärte, dass sich die CDU-Fraktion noch keine abschließende Gesamtmeinung gebildet habe und einzelne Mitglieder dem Projekt auch positiv gegenüberstünden. Petra Geisler (SPD) erinnerte daran, dass alle Fraktionen dort ein Gewerbegebiet wollten, aber „dass die Finanzierbarkeit über allem steht“. Noch immer klafft die Finanzierungslücke von 23 Millionen Euro. „Wenn wir uns das nicht leisten können, ist es nicht umsetzbar.“

Baubeginn frühestens Ende 2022

Die WGA ist seit etwa einem Jahr gegen das Projekt, zumal es laut Fraktionschef Wolfgang Heckel immer teurer und größer geworden ist. Peter Bartram (Grüne) regte an, zunächst den Ausgang des Planfeststellungsverfahrens abzuwarten und sich dann Gedanken über die Finanzierung zu machen. „Die Probleme müssen dann gelöst werden.“ Hans Baum (FDP) hält es für wichtig, bei den Ansiedlungen einen Schwerpunkt auf Strom, Wasserstoff und Wasserstoffderivate zu legen. Das Gewerbegebiet Achim-West soll laut Verwaltung als

gen aus dem Bereich bekommen zu können.

Wenn alles optimal läuft, könnte Mitte 2021 der Planfeststellungsbeschluss gefasst werden, ein Baubeginn sei im September 2022 möglich, schätzt Kettenburg. Ein „Return of Invest“ sei für Achim ab den 2030er Jahren zu erwarten. Dass die Verwaltung glaubt, nun mit den insgesamt 90 Hektar mehr Gewerbefläche in kürzerer Zeit und zu höheren Preisen verkaufen zu können, unterstrich Wirtschaftsförderer Martin Balkausky. „Die Nachfrage ist extrem hoch“, versicherte er. Es sei auch nicht mehr unrealistisch, dass der Quadratmeter Gewerbefläche für bis zu 90 Euro verkauft werden könne. Zum Vergleich: Der von Amazon beauftragte Projektentwickler Garbe hat etwa die Hälfte dieses Preises je Quadratmeter fürs Uesener Feld bezahlt.

Infostand am Freitag

Zum Thema Achim-West nimmt die Bürgerinitiative Uphusen an diesem Freitag, 30. Oktober, auf dem vorverlegten Achimer Wochenmarkt kritisch Stellung. In der Zeit von 14 bis 18 Uhr betreuen die Mitglieder einen Infostand in der City. Sie weisen auf die verstärkte Flächenversiegelung, die „Zerstörung landwirtschaftlicher Flächen und des Lebensraums“ hin und sehen ein zu hohes finanzielles Risiko der Stadt.